

Danziger Zeitung.

Nr. 7535.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiser. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. W. Brecht, A. Metemeyer und Rud. Koffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Sassenstein & Bogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Eisenach, 6. Oct. Die Versammlung zur Besprechung der socialen Frage, die sehr zahlreich besucht ist, hielt heute ihre erste Sitzung. Prof. Schmoller (Halle) eröffnete dieselbe mit Darlegung der Prinzipien, welche die Veranstalter der Versammlung geleitet. Das Präsidium wurde dem Professor Gneist übertragen, der dasselbe dankend annahm. Zu Vizepräsidenten wurden Frhr. v. Roggenbach und Hilbrandt (Jena) gewählt. Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung war eine Rede des Prof. Brentano über Ausführung und Weiterbildung der deutschen Fabrikgesetzgebung.

Karlsruhe, 6. Oct. Die „Karlsruh. Ztg.“ kommt in ihrer heutigen Nummer auf das Project der Bildung einer Gesellschaft zur Uebernahme der habsbischen Staatseisenbahnen zurück und constatirt zur Veranschaulichung ihrer neulichen Mittheilungen, daß außer dem von der Regierung rundweg abgelehnten Antrage ein anderer von Privatpersonen ausgegangener derselben weber vorgelegen hat, noch jetzt vorliegt. Ebenso wenig sei jemals die Rede davon gewesen, die habsbischen Bahnen an das Reich zu überlassen.

London, 6. Oct. Aus Ostindien eingetroffene Nachrichten melden die Abnahme der dort grassirenden Cholera.

Paris, 6. Oct. Nach Informationen, welche der „Agence Havas“ zugehen, sind alle Gerüchte, daß die noch ausstehenden Einzahlungen auf die neue Anleihe vertagt sein sollen, vollständig unbegründet. — „Journal officiel“ meldet, daß die für die deutschen Truppen in den 4 noch besetzt bleibenden Departements bestimmten Baracken am 15. October fertig gestellt und mit den nöthigen Ausstattungs-Gegenständen versehen sein werden.

Provinzial-Landtage und Selbstverwaltung in Preußen.

4 Berlin, 6. Oct. Statt daß die Provinzial-Landtage sonst den parlamentarischen Rekruten bilden, eröffnen sie jetzt die parlamentarische Saison. Man kann indeß nicht behaupten, daß man den Verhandlungen dieser Körperschaften in großen Publikum eine auch nur nennenswerthe Beachtung schenkt. Und doch sind gerade die vornehmsten Provinzial-Landtage, diejenigen der neuen Provinzen, in welchen sich ein selbstständiges öffentliches Leben aus der vorpreussischen Zeit erhalten hat und außerdem der Provinzial-Landtag der Rheinprovinz versammelt. Woran liegt die Gleichgültigkeit des Publikums? Der Umstand, daß hier in einer für die Jetztzeit unverständlichen Weise besondere Vertreter für Ritter, Bürger und Bauern erscheinen, erklärt die Sache nicht völlig. Auch darin ist die Erklärung nicht zu finden, daß in Folge der vielfachen Wahlbeschränkungen diese Landtage wesentlich nur Wiedereinsetzungen von ausgeprägter Mittelklasse zugänglich sind. Das Publikum liebt diese Landtage nicht bloß nicht, es haßt sie nicht einmal. Sie sind eben gar zu unbedeutend. Ob einige derselben die Öffentlichkeit von ihren Verhandlungen ausschließen, erscheint ziemlich gleichgültig. Vor Rangewelle vermöchte es doch das Publikum dort kaum auszuhalten. Diese Landtage berathen höchst

feierlich über ein paar Taubstummen- und Irrenanstalten, etliche das Landarmenwesen betreffende Gegenstände und allenfalls eine Provinzial-Fenerversicherungsanstalt. Auch hier kann der Oberpräsident, wenn ihm die Beschlüsse nicht passen, ziemlich beliebig hineingreifen. Man hat dieser „Provinzialverwaltung“ in den letzten Jahren durch Bestellung besonderer „Landesdirectoren“ ein feierliches Ansehen zu geben versucht. Aber der Rheinische Landtag hat die Wahl eines solchen Landesdirectors zur Zeit aus Mangel an Geschäften für denselben abgelehnt. In Schleswig-Holstein werden ähnliche Stimmen laut. Es läßt sich nicht leugnen, daß in Hannover, Nassau und Hessen die Landtage eine größere Bedeutung haben durch die Provinzialfonds, deren Verwendung denselben überlassen ist. Um so größer und gerechter ist das Mißvergnügen derjenigen Provinzen, welche solche Fonds noch entbehren. Wir führen nur an, daß für denjenigen Straßenbau, für den Hannover und Nassau 523,000 R. aus ihren besonderen Fonds verwenden können, der Staatshaushaltsetat pro 1872 kaum mehr als eine Million den übrigen Provinzen zuwendet. Schon nach dem Verhältniß der Bevölkerung müßte die Summe mindestens 5 Millionen betragen. Der Grund, daß jene Provinzen soviel mehr erhalten müßten, weil die früheren Landesregierungen für diese Zwecke soviel übrig gehalten hätten, ist ehrenvoll für die Letztere, aber wahrhaftig nicht für das preussische Ministerium. Das Gesetz über den hannoverschen Provinzialfonds würde niemals eine Mehrheit gefunden haben, wenn Bismarck bei dieser Gelegenheit nicht auch den alten Provinzen in feierlicher Weise Provinzialfonds zugesichert hätte. Seitdem sind mehr als vier Jahre verfloßen, ohne daß zur Realisirung jenes Versprechens etwas Erhebliches geschehen wäre. Suerst fand man, daß wenn sämtlichen Provinzen nach hannoverschem Maßstabe Renten ausgesetzt würden, die Staatsmittel bei Weitem nicht zureichten. Wir besaßen uns damals vor 1870 in einer Periode des Deficits. Dann überzeugte man sich auch, daß sich auf die bisherigen Organe der Provinzialverwaltung keinerlei Selbstverwaltung von erheblichem Umfange begründen lasse und daß wiederum andere Organe einen neuen Unterbau in einer anderen Kreisordnung voraussetzten. Jetzt liegt es nur am Herrenhause, daß die Kreisordnung nicht zu Stande kommt. Nach Zustandekommen der Kreisordnung kann eine neue Provinzialordnung keinerlei ernsthafte politischen Schwierigkeiten mehr bereiten. Die Frage der provinziellen Selbstverwaltung erscheint dann lediglich nur noch als finanzielle Frage. Auch hier wird die Lösung sehr erleichtert durch die französische Kriegsschuldung, welche spätestens vom Jahre 1874 ab im preussischen Staatshaushalt ganz erhebliche Summen verfügbar macht und es dadurch ermöglicht, den Provinzen weit höhere Fonds, als in ihrem Interesse seither verwendet worden sind, zur selbstständigen Verwendung zu überweisen. Im Abgeordnetenhaus kann jede die Selbstverwaltung der Provinzen fördernde Maßregel der lebhaftesten Unterstützung gewiß sein. Je weiter die Ziele der Decentralisation gesteckt werden, desto besser. Der Hannover und Nassau-Hessen gewährte Rahmen der Selbstverwaltung reicht nicht aus, um auf die Dauer das

öffentliche Interesse den neuen Institutionen zuzuwenden. Auch solche kleine Erweiterungen, wie man sie jetzt Hannover zugesetzt (auch die technische Leitung bei den aus Provinzialfonds ausgeführten Straßenbauten soll von den Staatsbehörden auf die Provinzialbehörden übergehen), vermögen daran nichts zu ändern. Nach unserer Meinung ist der gesammte Baueinsatz einschließlich des Wasserbauwesens und aller Unterhaltungskosten den Provinzen zu überweisen. Ebenso ist der landwirtschaftliche Etat zur Decentralisation geeignet. Für eine Provinzialverwaltung in solchem Umfange geben aber nicht fixirte Renten aus der Staatskasse, sondern allein Provinzialsteuern eine richtige finanzpolitische Grundlage. Die Ueberweisung der Grundsteuer an die Provinzen (sowie der Gebäudesteuer an die Communen) muß daher mit der Decentralisation verbunden werden. So leicht es fallen wird, in dieser Weise sich über Principien zu verständigen, so schwierig gestaltet sich die Ausführung im Einzelnen durch die Verschiedenheit der provinziellen Verhältnisse, das Mißverhältniß der Grundsteuer in den einzelnen Provinzen zu den Bedürfnissen für Bauzwecke u. s. w. Dazu kommt, daß die Berliner Geheimraths-Bureautatie von vornherein sich gegen Alles sperrt, was ihren Einfluß und ihre Macht zu verringern im Stande ist. Es bedarf eines eminent organisatorischen Kopfes, einer ganz besonders tüchtigen Arbeitskraft und eines energischen Willens, um eine solche Reform durchzuführen. Daß der gegenwärtige Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, diese Eigenschaften besitzt, ist selbst von seinen politischen Freunden noch nicht behauptet worden.

Deutschland.

Δ Berlin, 6. Octbr. Im Anschluß an unsere jüngsten Nachrichten über die Vorlagen aus dem Cultusministerium möchten wir darauf hinweisen, daß die bezüglich der Entwurfs als ein Resultat derjenigen Verhandlungen anzusehen sind, welche vor einigen Monaten im Cultusministerium seitens der von dem Chef desselben einberufenen Autoritäten auf dem Gebiete des Kirchenrechts abgehalten worden sind. Es wird jetzt nachträglich bekannt, daß bei jenen Conferenzen sich hauptsächlich die Meinung geltend machte, daß der Weg der Nothgesetze ferner gegenüber den hervorgetretenen Mißständen in dem Verhältniß zwischen Staat und Kirche unbedingt verlassen werden müsse; zumal da sich herausstellte, daß die bisher erlassenen Nothgesetze, den vielen Auswegen gegenüber, welche der schlan berechnende Gegner zu finden gewußt hat, so wenig ausreichten, daß man sich auf die Dauer — will man anders die in das Auge gefaßten Zwecke erreichen — einer Ausdehnung der jetzigen Bestimmungen kaum wird entziehen können. So entstand das System der erwähnten Vorlagen mit dem doppelten Zweck, die Autorität des Staates und die Freiheit der Handlungen und Entschlüsse der Staatsbürger zu schützen. Die Beweisführung, daß eine Bedrohung nach beiden gedachten Richtungen hin in hohem Grade vorhanden und dadurch unverkennbar ein Nothstand geschaffen war, wird Aufgabe der Motive jener Vorlagen sein, denen man mit großer Spannung entgegensteht. — Die Nachricht, als sei die

Angelegenheit der Erhöhung der Beamtengehälter dadurch in ein verändertes Stadium getreten, daß auch eine Erhöhung der Offiziersgehälter in Aussicht genommen sei, wird uns als ungenau bezeichnet. Daß man schließlich bei einer Besserstellung sämtlicher Staatsbeamten die Offiziere übergehen sollte, ist füglich nicht anzunehmen; doch liegt die Regulirung der Militärverhältnisse ja doch auf dem Reichsgebiete und hier ist ja bekanntlich für den Militäretat vorläufig bis zum Jahre 1875 ein Pauschquantum bewilligt. Die Annahme, als würde die Gehaltserhöhung für die Civilbeamten mit Rücksicht auf dasjenige, was später einmal für die Offiziere zu geschehen haben wird, jetzt plötzlich niedriger bemessen, als man ursprünglich beabsichtigt hatte, wird jetzt als durchaus unzutreffend bezeichnet. Uebrigens sind die Beratungen über Gehaltserhöhung und Servicezulage für die Beamten auch jetzt noch keineswegs abgeschlossen. — Der Geheimregerungsrath Stiehl, welcher bekanntlich mit dem 1. Januar l. J. aus dem Staatsdienst zurücktritt, wohnte der neulichen Einführung des Ministerialdirectors Sydow in das Amt unter den übrigen Räten des Cultusministeriums noch bei. Zur Zeit verlautet noch nicht, wer sein Nachfolger werden wird, dagegen hört man, daß die Zahl der Rathsstellen bei dem Cultusministerium um 3 erweitert werden wird.

Unter den Vorlagen, welche den nächsten Landtag erwarten, befinden sich auch Gesetzentwürfe zur Regelung der Verhältnisse der Mennoniten und der Baptisten; es handelt sich darum — schreibt die „Spen. Ztg.“ — diesen Religionsgenossenschaften Corporationsrechte zu verleihen und sie zum Vermögenserwerb zu befähigen. Außerdem verdient ein Gesetzentwurf über den Austritt aus der Kirche Erwähnung, von dem schon im vorigen Jahre die Rede war. Es wird dadurch mit Rücksicht auf ein Erkenntnis des Obertribunals zweifellos gestellt werden, daß der aus einer Kirchengemeinschaft Ausgeschiedene nicht mehr zu den Lasten derselben herangezogen werden kann.

Das „Deutsche Wochenblatt“ meldet: Der Etat des Unterrichts-Ministeriums wird diesmal ungewöhnlich reich ausgestattet sein, und zwar, wie verlautet, nicht nur in Bezug auf den niederen Unterricht, sondern auch auf die höheren Lehranstalten, speziell auf die mit den Universitäten verbundenen Institute.

Die Leitung der kriegsgeschichtlichen Abtheilung im großen Generallstab und die damit verbundene Redaction des Geschichtswerkes über den deutsch-französischen Krieg sind, wie das „Militär-Wochenblatt“ nochmals hervorhebt, dem Obersten und Abtheilungs-Chef, Grafen v. Wartensleben, übertragen worden. Die abweichende Nachricht der „Darmstädter Militär-Zeitung“ über die Befestigung dieser Stelle entbehrt jeder Begründung.

Die seit Waagen's Ableben, also seit über drei Jahren erledigte Stelle eines Directors der Gemäldesammlung des königlichen Museums ist jetzt Meier aus München, einem auch literarisch bekannten Kunstkritiker, zu Theil geworden. Directions-Assistent ist der Professor Dr. Hotho, welcher auch der Kupferstich-Sammlung des Museums vorsteht.

Stadt-Theater.

*** Die neue Offenbach'sche Operette „Blaubart“ hatte gestern ein außerordentlich zahlreiches Publikum angezogen, aber befriedigte, wie es zu bemerken war, die gehegten Erwartungen nicht. Der Text parodirt das bekannte Märchen von Ritter Blaubart im Stile der „fliegenden Blätter“, wenn sie Felden- und Kriegsgeschichten von Puppen, auf Fußbreitern festgekleimt, agieren lassen. Bei dem gewählten schauerlichen Stoff lag eine Verhöhnung der neueren italienischen Oper nahe, welche es bekanntlich liebt, die süßesten Melodien mit den gräßlichsten Handlungen zu verknüpfen. Augencheinlich hat dies auch dem Textdichter wie dem Componisten vorgeschwebt, und was der Letztere in dieser Beziehung liefert, — namentlich das Duett zwischen Blaubart und seiner sechsten Gattin, in dem er ihr den Tod verkündigt — gehört zu den besten Nummern seiner Arbeit. Das Bedenkliche an der angeführten Behandlung des Textes ist, daß das Grotesk-Komische schwerlich vier Acte lang das Interesse des Zuschauers festhalten kann. Dann ist aber auch der deutsche Bearbeiter in der Behandlung des Dialogs — und es wird ziemlich viel gesprochen — nicht sehr glücklich gewesen. Wenn er hier mehr Witz und weniger Behagen hätte walten lassen, wäre dies der Wirkung des Ganzen sehr zu statten gekommen. Denn in dem aufstrebenden Theil steht diese Operette den neuen Sachen Offenbachs im Ganzen nicht nach. Das parodistische Element ist schon erwähnt; aber es fehlt auch, neben vielen Trivialitäten, nicht an gefälligen Melodien.

Fr. Lang-Rathen, welche die Boulotte spielte, wurde bei ihrem Erscheinen auf das Wärmste empfangen und wußte auch durch die ganze Darstellung den Beifall an ihre Leistungen zu fesseln. Mit glücklichem Humor führte sie uns zunächst die Bäuerin in ihrem urwüchsigen, „Grillen“-haften Naturzustande vor und brachte dann den Contrast des häuerlichen Unglücks mit den vornehmen Kleibern der Ritterfrau und der Eitelkeit des Hofes höchst drollig zur Erscheinung. Wie wirksam die Darstellerin den Operettengesang zu behandeln versteht, ist ja aus ihren früheren Leistungen auf diesem Gebiet hinlänglich bekannt. Neben Frau Lang hatte namentlich Hr. Winkelmann, der den Blaubart gesanglich, wie auch in der Darstellung bestens illustrierte, Erfolg. Die genannten beiden Darsteller thaten in vollem Umfange das Ihrige, um das Stück

dem Publikum genießbar zu machen. Außer ihnen wollen wir nur noch Frn. Sovemann nennen, dessen König Babette eine höchst ergötzliche Erscheinung war.

Da Offenbach noch immer sehr zahlreiche Verehrer hat, wird der „Blaubart“ wohl noch einige Male gesehen werden. Einen durchschlagenden Erfolg wird er nicht haben.

Sacralfeier des Appellations-Gerichts zu Marienwerder.

Rede des App. Ger.-Präsidenten Breithaupt. Meine Herren! Die Sacralfeier des hiesigen Appellationsgerichts, welche wir heute begehen, dürfte vor Allem dazu auffordern, einen Blick auf den hinter uns liegenden Zeitraum zurückzuwerfen und zu prüfen, wie die Rechtspflege in Westpreußen zu der Zeit beschaffen war, als der Gerichtshof ins Leben trat, und wie sich dieselbe seitdem unter seiner Leitung und Mitwirkung weiter entwickelt hat. Wir werden so dann, wie ich glaube, finden, daß von den Landes-Justiz-Collegien der Monarchie, denen es bereits vergönnt gewesen ist, ihr hundertjähriges Bestehen unter dem Scepter der hochzuverehrenden Fürsten zu feiern, wohl keines gleich schwere Aufgaben zur Erfüllung seines Berufs zu lösen gehabt hat, als das hiesige. Es beruht dieses hauptsächlich in der Beschaffenheit des Landes zu der Zeit als der Gerichtshof errichtet wurde, in den vielfachen Aenderungen, welche im Laufe der Jahre in dem Gerichtsbezirk desselben eingetreten sind, und in der großen Mannigfaltigkeit der gesetzlichen Vorschriften, welche in dem Gerichtsbezirk Geltung gehabt haben.

Als der König Friedrich der Große im Jahre 1772 das Bisthum Ermland, den Regedistrikt, Pommern und die Palatinate Marienburg und Culm — mit Ausschluss der Städte Danzig und Thorn und deren Territorien — unter dem Namen der „Provinz Westpreußen“ mit der preussischen Monarchie vereinigte, befand sich das Land in einem völlig zerstückelten Zustande. Von dem Verfall, in welchem es schon in den letzten Decennien der Ordensherrschaft gerathen war, hatte es sich unter der 300jährigen Herrschaft der Polen nicht nur nicht erholen, sondern war vielmehr noch tiefer gesunken. Nur in wenigen größeren Städten hatte sich noch einigermaßen ein geregelter städtisches Leben erhalten, in der Mehrzahl dagegen lagen Handel, Gewerbe und bürgerlicher Verkehr gänzlich darnieder, und selbst

die Häuser bildeten vielfach Trümmerhaufen und waren von den Eigenthümern verlassen. Noch schlimmer sah es auf dem platten Lande aus. Die Dörfer bestanden aus elenden, verfallenen Hütten, und der Ackerbau wurde nur zur äußersten Nothdurft betrieben; denn der Landmann war dem gänzlichen Mangel an Schulen, durch Unwissenheit, Noth und Trunksucht, unter dem Druck der Leibeigenschaft und des übermäßigen Frohndienstes in einem Grade geistig herabgesunken, daß er nicht mehr das Bedürfnis fühlte und auch nicht mehr die Kraft besaß, selbst durch eigene angelegte Thätigkeit gegen seine traurige Lage anzukämpfen und sich aus derselben zu erheben. Es fehlte an den nothwendigsten Einrichtungen eines jeden civilisirten Staates, insbesondere gab es im ganzen Lande (mit Ausnahme der Routen zwischen Danzig und Elbing und zwischen Danzig und Thorn) keine Post, keine Apotheke, und die Polizei war, wie Friedrich der Gr. im Jahre 1773 an Voltaire schrieb, selbst dem Namen nach unbekannt. Ueber die Justiz äußert sich der König in dem Notificationspatente vom 28. Sept. 1772 dahin: daß die Prozedur eine tumultuarische gewesen sei und aller rechtsschaffenen und unparteiischen Rechtspflege widersprochen habe, und Er erachtete es daher, wie es in demselben Patente heißt, für eine Seiner den wenigsten Aufschub leidenden oberlandesherlichen Pflichten, dafür zu sorgen, daß nunmehr Recht und Gerechtigkeit in dem Lande eintreten, ohne Ansehen der Person, widerfahre. Deshalb hatte der König bereits bei seiner Anwesenheit in hiesiger Stadt mittelst Ordre vom 8. Juni 1772 den damaligen Präsidenten des Hofgerichts in Königsberg, Grafen Fink von Finkenstein, zum Präsidenten des für die neue Provinz in Marienwerder zu errichtenden Ober-Hof- und Landesgerichts ernannt und demselben zugleich in kurzen Zügen die Grundzüge bezeugnet, welche Er bei der Justizpflege befolgen, wissen wollte. Diese Grundzüge sind in dem Notificationspatente vom 28. Sept. 1772 weiter entwickelt und lassen sich im Wesentlichen dahin zusammenfassen:

Daß für die ganze Provinz ein Landes-Justiz-Collegium unter der Bezeichnung „Ober-Hof- und Landes-Gericht“ errichtet werden, dasselbe zugleich aber auch die Landeshoheitsangelegenheiten und die geistlichen Sachen wahrnehmen sollte; daß es zwar bei der Patrimonialgerichtsbarkeit ablicher und anderer Güter, sowie bei der Gerichts-

barkeit derjenigen Städte, welche eine solche bisher besessen hatten, unter der Bedingung belassen bleiben sollte, daß die Gerichtsbarkeit durch tüchtig befundene, zur Justiz verpflichtete Justitiarier, beziehungsweise Bürgermeister und Syndici exercirt werde, dagegen alle übrigen bis dahin unter verschiedenen Namen bestandenen Gerichte aufgehoben und für alle Personen, Sachen und Güter, welche weder unter die unmittelbare Gerichtsbarkeit des Landes-Justiz-Collegiums gestellt wurden, noch der Patrimonial- oder städtischen Gerichtsbarkeit unterworfen waren, besondere Gerichte — später Landvogteigerichte genannt etabliert werden sollten;

daß endlich alle bis dahin bestandenen Gesetze und Verordnungen in Justizsachen sowohl in Betreff der Rechte selbst als der gerichtlichen Verfahrensart für alle von der Zeit der Publikation des Notificationspatents ab zu unternehmende Geschäfte und Rechtsangelegenheiten von keiner Kraft und Gültigkeit mehr sein, vielmehr die Gesetze und die Justizverfassung des damaligen Königreichs Preußen nunmehr auch in Westpreußen zur Anwendung kommen sollten.

Die Zahl der Gesetze und Verordnungen, welche hiernach mit einem Male in Westpreußen eingeführt wurden, war eine sehr bedeutende. Dieselben waren überdies in vielen Sammlungen zerstreut, auch ihrem Inhalte nach keineswegs überall klar und faßlich, so daß es selbst für befähigte und tüchtig ausgebildete Richter einer Reihe von Jahren bedurfte haben würde, um sich mit der neuen Gesetzgebung und Verfahrensart bekannt zu machen und in die Anwendung derselben einzulassen. Allein wie gering mag damals noch die Zahl der einigermassen brauchbaren Justizbeamten gewesen sein, da es noch in dem Justiz-Reglement vom 3. December 1781 heißt, daß die Untergerichte auf dem Lande und in den kleinen Städten mit Richtern besetzt seien, denen es an den erforderlichen Fähigkeiten und an Pflichttreue fehle, und schon in den Jahren 1776 und 1777 der König es für erforderlich erachtete, gegen die Richter, welche sich bei Bearbeitung von Prozessen jahrelange Verschleppungen, sowie gegen die Richter und Advokaten, welche sich Pflichtwidrigkeiten dadurch zu Schulden kommen ließen, daß sie die einfältigen Bauern durch allerhand falsche Vorpiegelungen in ihren Rechtsfragen aufstekten, strenge Strafen vorzuschreiben.

In den Conventikeln der Herrenhändler herrscht geschäftige Bewegung, schreibt die „Mtg.-Ztg.“. Es bereitet sich eine große Opposition vor, welche sich zunächst gegen die Kreisordnung, dann aber gegen sämtliche Vorlagen gerichtet werden soll, welche der Cultusminister einzubringen gedenkt. Einstweilen werden alle Hefel angefasst, alle Mittel und Wege angewandt, bezw. eingeschlagen, wenigstens die Civil-Exe-Vorlage zu hintertreiben. Das letzte Wort ist in dieser Sache noch nicht gesprochen, das können wir verbürgt melden und so ganz aus dem hohlen Faß war das Dementi der Kreuz-Zeitung, welches so viel angefochten wurde, doch nicht; es war nur zu früh aus der Schule geplatzt.

Die „Temporalien-Sperre“, welche die Staatsregierung über den Bischof von Ermland verhängt, wird — so schreibt die „D. R.-Corr.“ — sobald nur die Signaturen des Abgeordnetenhauses aufgenommen sind, sofort zu einer Interpellation aus der Centrumsfraction an den Cultusminister Dr. Falk Veranlassung geben. Unter den Ultramontanen sowohl Berlins als der Provinzen beginnen bereits die hierauf bezüglichen Beratungen und man bereitet alles vor, um möglichst wichtige Schläge gegen die Regierung zu führen.

Vom 6. d. an, wird in Braunschweig die Synode des niedersächsischen reformirten Synodalverbandes abgehalten, einer kirchlichen Gemeinschaft, welche die presbyterianische Verfassung in ihrer vollen Reinheit darstellt und die volle Selbstverwaltung hinsichtlich aller ihrer Angelegenheiten besitzt.

Wie man angiebt, haben am Anfang dieses Monats etwa 24,000 Familien ihre Wohnungen gewechselt. Es ist dies ungefähr der sechste Theil der Bevölkerung Berlins; wenn trotzdem der Umzug ohne jede Störung vor sich gegangen, so beweist dies, daß der Wohnungsnoth wenigstens fürs erste abgeholfen ist. Einen weiteren Beweis findet man auch darin, daß man an vielen Häusern Zettel sieht, auf denen Wohnungen angekündigt sind, welche „so gleich“ bezogen werden können. Trotzdem sind am Sionestr. seit Mittwoch Abend von Wohnungslosen 14 Baracken errichtet worden.

Der Umbau des preuß. Abgeordneten-Hauses, welchen Präsident v. Forckenbeck im Einverständniß mit dem Vorstande des Hauses angeordnet hat, war, wie sich jetzt herausgestellt hat, eine bringende Nothwendigkeit. Das Holzwerk in und über dem Sitzungssaal war vollständig morsch. Was in der kurzen Zeit bis zur nächsten Sitzung (22. October) geschehen kann, wird ist unter Leitung des Bauinspectors Emmerich und des Baumeisters Haefele gegeben. Der Hof, welcher von dem Vorderbaue zum Sitzungssaale führte, ist in eine bedeckte Halle umgewandelt. Rechts und links befinden sich Post- und Telegraphenbüreau; die Garbenräume sind erweitert und verbessert. Der Sitzungssaal ist vollständig neu decorirt; die alten unzureichenden Bänke beseitigt und statt derselben mit braunem Saffianleder überzogene Klappstühle eingerichtet. Vor jedem Stuhl ist wie im Reichstagsaal ein Schreibtisch mit einer Schublade. Die Beleuchtung des Saales ist verbessert, das Anzünden der Gasleuchten wird durch einen elektrischen Apparat bewirkt. Die neben dem Saal liegenden Stube, Lesezimmer, die Journalistenkabine und die Sitzungszimmer für die Commission sind vollständig renovirt und verbessert. Ganz besondere Sorgfalt ist auf die Ausstattung des Sitzungszimmers der Budgetcommission (der frühere Empfangsalon Forckenbecks) gelegt. Die prachtvollen Stuckarbeiten an den Decken und Wänden sind wieder aufgerichtet und ergänzt.

Posen. Dem Propst Jazdzewski in Bonn, der von der polnischen Nationalpartei mit Zustimmung des Erzbischofs Grafen Ledochowski als Candidat für die Reichstagswahl im Wahlkreise Krotoschin aufgestellt ist, ist von der R. Regierung die Schulinspektion abgenommen worden. Die betreffende Verfügung wurde demselben am 28. v. M. vom Landrath persönlich übergeben.

Breslau. Unser neuer Oberbürgermeister Max v. Forckenbeck ist von der Bürgerschaft hier herzlich und aufs Beste empfangen. Der feierlichen Einführung im Rathhause, welches aufs Festlichste geschmückt war, folgte ein Wahl im Liebig'schen Concertsaal, an welchem 400 Bürger der verschiedensten Berufsstände theilnahmen. Die früher üblich gewesene Einführung des Oberbürgermeisters in der Kirche war diesmal unterblieben. Die evangelische

Unter solchen Umständen darf es denn nicht Wunder nehmen, daß man schon im Jahre 1781 das Bedürfnis empfand, zu einer anderweitigen Justiz-Organisation zu schreiten, die sodann auch durch das Reglement wegen künftiger Einrichtung des Justizwesens bei den Ober- und Untergerichten des Königsreichs Preußen dem 3. Dec. desselben Jahres eingeführt wurde. Diese war, soweit sie Westpreußen betrifft, hauptsächlich dahin gerichtet:

Den bisherigen Gerichtsbezirk des Landes-Justiz-Collegiums für Westpreußen, welchem der König bereits im Jahre 1773 statt seines früheren Namens „Ober-Hof- und Landesgericht“ den Namen „Westpreussische Regierung“ beigelegt hatte, besser zu arrondiren, zu welchem Behufe das Bisthum Ermland der Jurisdiction der Regierung in Königsberg überwiesen, aus dem Gerichtsbezirke der letzteren dagegen dem Bezirke der Regierung zu Marienwerder der größte Theil des damaligen Marienwerderschen landrätthlichen Kreises zugelegt wurde und daß man ferner bei der mangelhaften Qualifikation der Untergerichte die Competenz der Untergerichte einschränkte und diejenige der Obergerichte weiter ausdehnte und die Controle über die ersten verschärfte. Zu diesem Ende wurde für den Reg.-district und den Coniger Kreis ein besonderes Obergericht in Bromberg unter dem Namen eines Hofgerichts errichtet, bei der Regierung in Marienwerder die Zahl der Mitglieder vermehrt, so daß dieselbe nunmehr statt eines zwei Senate erhielt. Die Landvoigtei-Gerichte wurden aufgehoben und statt ihrer Domainen-Justiz-Aemter errichtet, und es erhielten nunmehr die Personen adeligen Standes und die Beamten, von denen bisher nur die höchsten Standespersonen und Wärenträger ihren Gerichtsstand bei der Regierung gehabt hatten, während die übrigen den Landvoigteigerichten untergeben gewesen waren, ihren Gerichtsstand bei den Obergerichten. Auch wurden Kreisjustizräthe mit fixirten Befoldungen bestellt, deren Function darin bestehen sollte, die Aufsicht über die Untergerichte ihres Districts zu führen, gewisse zum unmittelbaren Ressort der Obergerichte gehörige Geschäfte als perpetuierliche Commissarien derselben zu besorgen und in besonderen Fällen Aufträge der Obergerichte auszurichten.

Der hiernach der Westpreussischen Regierung zugewiesene Geschäftskreis wurde indeß schon im Jahre 1793 wieder bedeutend dadurch erweitert, daß

Geistlichkeit hatte nach der Einführung eine besondere Deputation zur Bewillkommung Forckenbecks nach dem Rathhause geschickt.

Magdeburg, 5. Oct. Der Kronprinz ist mit seinen beiden Söhnen heute Abend hier eingetroffen.

Köln, 4. October. Die Väter der Gesellschaft Jesu haben ihr hiesiges Kloster nach dem vom Cultusminister eingetragenen abnehmenden Bescheid auf Verlängerung der Frist verlassen. Einige Mitglieder, geborne Kölnier, werden vorläufig bei ihren Verwandten hieselbst bleiben, Pater Rive ordnet die Vermögens-Verhältnisse und ein anderer Pater verweilt allein so lange im Kloster, bis die Uebertragung des hochwürdigsten Gutes in eine andere Kirche bewerkstelligt ist. Der größte Theil der Mitglieder ist nach Amerika ausgewandert, nur zwei haben sich nach Kopenhagen begeben. Bei ihrem Abschied haben fünf Mitalieder, Pater Rive an der Spitze, noch einen Protest gegen das Verfahren der Reichsregierung in der „Kölnischen Volks-Zeitung“ veröffentlicht.

Aus Bayern, 5. Oct. Bekanntlich befand sich unter den in Regensburg domicilirten Jesuiten ein Graf Fugger, welcher, sich auf die ihm durch die Verfassung garantirten standesherrlichen Rechte berufend, gegen den ihm zugestellten Ausweisungsbefehl protestirte. Wenn nun den Mittheilungen ultramontaner Blätter zu glauben ist, so wurde diesem Proteste Verleumdung geschenkt, da Graf Fugger unangefochten noch in Regensburg verweilt.

Wien, 5. Oct. Die Reichsraths-Delegation

genehmigte in ihrer heutigen Plenarsitzung die Budgets des Finanzministeriums und des obersten Rechnungshofes, sowie den Pensionsetat und die Theuerungszulage für die Beamten in Uebereinstimmung mit den Ausschufsanträgen. In der Generaldebatte des Marinebudgets rechtfertigte der Obmann des Budgetausschusses, Pratobera, das pflichtgemäße Vorgehen des Ausschusses gegenüber den entstellten veröffentlichten Berichten und verwies auf die vielfach bewilligte Erhöhung der vorjährigen Erfordernisse. Der Minister des Auswärtigen, Graf Andrássy, hob in seiner Erwiderung auf die Aeußerungen Pratobera's hervor, daß man aus seinen in der Sitzung des Ausschusses gesprochenen Worten nicht ableiten könne, daß der gegenwärtige Friede für alle Zeiten gesichert sei. Die Beziehungen Oesterreichs zu den meisten Staaten seien die besten und er habe das feste Vertrauen, daß mit dem Programme, welches kein offensives, sondern der Natur der Monarchie gemäß ein ausschließlich defensives sei und bleiben müsse, der Friede erhalten werden könne. Die Realisirung jenes Programmes sei nur dann zu erwarten, wenn das Nothwendige gewährt werde um den Frieden in jeder Richtung durch eigene Kraft sicher zu stellen. Gegen jede andere Auslegung müsse er entschieden Verwahrung einlegen.

Schweiz.

Der Brief, den Mermillod an den Staatsrath von Genf gerichtet hat, läßt an Derbheit nichts zu wünschen übrig. „Ich nehme“, sagt er darin u. a., „Ihre Beschlässe nicht an, die unschicklich in den Erwägungen, gesegwidrig in den Dispositionen sind und die an die Stelle der Billigkeit, des Rechts und des Gesezes die Unterdrückung setzen. Meine bischöfliche Würde dient Ihnen bloß zum Vorwand, um damit einen Schlag gegen die Rechte und die Action der Kirche zu verdecken.“ Was wird nun weiter geschehen? Mermillod functionirt nach wie vor in der katholischen Kirche von Genf; um sein Gehalt, welches ihm der Staatsrath sperre, braucht ihm nicht bange zu sein, denn schon hat Veulliot im „Univers“ die Subscription eröffnet, um ihm ein größeres Gehalt zu sichern, als er bis dahin vom Canton Genf empfing. Er selbst ist Genfer Bürger. Man kann ihn also nicht ausweisen, und ihm von Staatswegen die Ausübung geistlicher Functionen untersagen zu wollen, ist in Genf kaum denkbar; der Staatsrath hat sich auch wohl gehütet, Mermillod abzusagen, sondern er hat nur gesagt, der Staat anerkenne Hrn. Mermillod nicht mehr als Stadtpfarrer von Genf. Einen neuen Pfarrer könnte der Staatsrath nur mit Mitwirkung des Bischofs von Freiburg einsetzen, diesem Letztern aber sind durch den Papst

in diesem Jahre die Städte Danzig und Thorn und die zu denselben gehörigen Territorien mit der preussischen Monarchie vereinigt und dem Gerichtsbezirke der Regierung zugelegt worden. In beiden Städten wurden die in denselben vorhandenen mehreren einzelnen Gerichte aufgehoben und an deren Stelle in jeder Stadt ein collegiales Stadtgericht formirt, in Danzig auch für Schiffsfahrts- und Handelsachen noch ein besonderes Gericht unter dem Namen eines Kgl. Admiralitäts-, und Handelsgerichts errichtet. Für die Regierung wurde überdies die Rechtspflege nicht unerheblich auch noch dadurch erwirkt, daß man beiden Städten ihre bisherigen statutarischen Geseze überließ, die in den übrigen Landestheilen der Provinz Westpreußen geltenden Geseze — jedoch mit Ausschluß des preussischen Landrechts von 1721 — als subsidiarisches Recht einführt und nur die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren in Civil- und Strafsachen, welche in Preußen damals Geltung hatten, sofort bei den neugebildeten Stadtgerichten in Anwendung bringen ließ.

Indessen wurde der so erweiterte Gerichtsbezirk der damaligen westpreussischen Regierung schon im Jahre 1803 durch die Abgabe der Jurisdiction über den Laurenburg-Blüthow'schen Kreis, welcher im Jahre 1773 zu Westpreußen geschlagen worden war, an das damalige pommerische Hofgericht in Eßeln, noch erheblich mehr aber durch die Territorialveränderungen wieder beschränkt, welche für die preussische Monarchie auf Grund des Tilsiter Friedensvertrages und der Elbinger Conventen in dem Jahre 1807 eintreten. Durch diese Verträge wurde die Stadt Danzig mit ihrem bisherigen Gebiete unter beträchtlicher Vergrößerung des letzteren durch Zulegung verschiedener Districte von Westpreußen zu einem Freistaate erhoben und an das neugebildete Herzogthum Warschau außer dem ganzen Departement des Hofgerichts in Bromberg, mit Ausschluß der jetzigen landrätthlichen Kreise Flatow und Dr. Crone, der Culm- und Mielau'sche Kreis einschließlich der Stadt Thorn, jedoch mit Ausnahme der Stadt Graudenz und dreier zu dieser gehöriger Dörfer abgetreten.

Um dieselbe Zeit und zwar in Folge der Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden vom 26. December 1808 erlitt das hiesige Landes-Justiz-Collegium auch in seiner Verfassung und Competenz eine tief eingreifende Umänderung, indem dasselbe unter An-

nahme des Namens „Ober-Landes-Gericht“ die bis dahin zu seinem Ressort gehörigen gemeinen Landes-hoheits- und geistlichen Sachen an die hiesige in eine königl. Regierung umgewandelte Kriegs- und Domainen-Kammer abgab. Mit dieser Beschränkung seiner Zuständigkeit auf die ausschließlich der Justiz angehörenden Angelegenheiten erhielt der Gerichts-hof dauernd seinen jetzigen Gerichtsbezirk erst in den Jahren 1814 bis 1816, als nach Wiedereinnahme der Festung Danzig diese Stadt mit ihrem alten und neuen Gebiete und, nach Auflösung des Herzogthums Warschau und Herstellung einer neuen Provinz unter dem Namen des Großherzogthums Posen, der Culm- und Mielau'sche Kreis einschließlich der Stadt Thorn und ihres Gebiets wieder der Jurisdiction des hiesigen Ober-Landes-Gerichts überwiesen wurden. Seit dem Jahre 1816 hat der Gerichts-hof nur noch einige kleinen Änderungen insofern erfahren, als im Jahre 1835 auch die bis dahin dem hiesigen Ober-Landesgericht noch belassene Jurisdiction über einige zur Herrschaft Pleschne, welche dem Großherzogthum Posen zugelegt war, gehörige Güter auf das Ober-Landesgericht in Bromberg und im Jahre 1857 die bis dahin dem Kreisgericht in Elbing zugefallene Gerichtsbarkeit über einige zum Regierungsbezirk Königsberg gehörige Ortschaften dem Kreisgerichte in Mohrungen übertragen worden ist, so daß gegenwärtig der Gerichtsbezirk des Appellations-Gerichts genau mit den Bezirken der beiden Regierungen in Danzig und Marienwerder zusammenfällt.

England.

London, 4. October. Tagesgespräch ist der Selbstmord von Sir James Wiles, eines der Richter bei den Common Pleas (dem Obergerichte für Civilklagen), der vorgestern seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende machte. Uebermäßige geistige Anstrengung und ein chronisches Herzleiden hatten den sonst so klaren Geist dieses höchst geachteten Mannes verblüht. Andere Beweggründe scheinen nicht mitgewirkt zu haben. Er stand im 58. Lebensjahre, gehörte seit 1855 dem Richterstande an und war erst zu Ende des vorigen Jahres zum Mitgliede des geheimen Staatsrathes ernannt worden. — Der Väterstreik scheint sich in Dunst aufzulösen. Das Publikum denkt seiner kaum mehr, und die Klage der Beteiligten, daß es in ihren Reihen der Abtrünnigen die schwere Menge gebe, kann als Beweis gelten, daß der Strike ebensowenig im Sande verlaufen sein wird. — In der City herrscht von wegen der abermaligen Erhöhung des Bankzinsfußes höchst unbehagliche Stimmung. So sehr unsere Tageblätter die Befürchtung vor weiterer Vertheuerung des Geldes weg zu raisonniren trachten (die „Times“ leistet darin das Außerordentlichste, indem sie in dem durchwegs ungünstigen, neuen Bankausweise absolut nichts Ungünstiges entdecken will), wird die Möglichkeit weiterer Escamptesteigerungen dennoch stark ins Auge gefaßt und den Bewegungen der deutschen Geldmärkte verdoppelte Aufmerksamkeit zugewendet.

Frankreich.

Paris, 4. Oct. Veranlaßt durch einen Artikel der Berliner „Provinzial-Corresp.“, worin es hieß, Elsaß-Lothringen sei im Begriff, ein vollkommen deutsches Land zu werden, führt der „Temps“ den Beweis, daß jene Behauptung vollständig irrig sei, und erinnert daran, daß die Wahl nicht frei gewesen wie in einem Plebisit; die Annahme der Furcht vor dem vorgewiesenen statgefunden aus Furcht vor dem drohenden Militärgesetz; die in Elsaß und Lothringen zurückgebliebenen seien Frankreich eben so anhänglich wie die Weggezogenen. — Eine ziemlich bedeutende Anzahl Elsaß-Lothringer sind in den letzten Tagen in Paris angekommen. Es sind aber meistens arme Leute, darunter auch viele, die, wie das „Economet“ mittheilt, verlangen, als Straßengelehrer angestellt zu werden. Die Leute hatten übrigens alle freie Fahrt auf der Eisenbahn. — Das Grenobler Ereigniß beschäftigt die öffentliche Aufmerksamkeit nicht sonderlich mehr. Nur die „Republique Francaise“ antwortet nochmals dem „Journal des Debats“, jedoch in so gemäßigttem Tone, daß man fast an einen Rückzug des Ex-Dictators glauben möchte. Dagegen fällt sein Organ heute gegen den Times-Correspondenten aus, weil derselbe behauptet hat, an der Börse seien in Folge der Grenobler Rede die Course gefallen gewesen. Solche Behauptung (die jedoch auch in allen französischen Blättern zu lesen war) könne, meint es, nur ein Prussian aufstellen; in Zukunft möge der Herr sich um französische Angelegenheiten gar nicht bekümmern, da ihm das schlecht bekommen könnte. Laut „Francaise“ hätten die Vertreter der fremden Mächte wegen der Reise Gambettas Vorstellungen gemacht; der „Temps“ bemerkt aber dazu: es ist wohl möglich, daß fremde Diplomaten die Sache in nicht officiellen Unterredungen besprochen haben, jedoch es ist auch weiter nichts geschehen. Der preussische Botschafter verhielt sich in vollständiger Zurückhaltung. — Der „Times“ läßt sich aus Paris melden, daß der russische General Timaschew gelegent-

lich eines dem Präsidenten der Republik abgeflatteten Besuchs dem letzteren den Eindruck des Unbehagens nicht vorenthalten habe, welchen die in letzter Zeit wieder hervorgetretene aggressive Haltung der französischen radikalischen Partei habe hervorgerufen müssen. Die seitberige sympathische Stellung der anderen Mächte zu der französischen Regierung werde sich nothwendig ändern müssen, sobald Frankreich wiederum der Mittelpunkt aller Agitationen in Europa werde. — Gambetta, welcher angeblich leidend ist, begiebt sich heute früh von Chambéry nach Vevey in der Schweiz. — Die „Gazette des Tribunaux“ zeigt an, daß das Vergehenverhör in dem Bazaine'schen Prozesse zu Ende sei und die Sache im November zur Verhandlung kommen könne.

5. Oct. Das „Journal officiel“ enthält eine Mittheilung der Regierung, welche meldet, daß fünf Offiziere von der Garnison von Grenoble wegen ihrer Theilnahme an der dort am 26. v. M. stattgehabten politischen Manifestation in andere Regimenter versetzt und nach ihrem Eintreffen bei ihren neuen Truppenteilen mit 60 Tagen Arrest bestraft werden würden. Die amtliche Mittheilung hebt hervor, daß die Aufgabe der Armee nach Innen darin bestehe, das Gesez zu vertheidigen und die Ordnung aufrecht zu erhalten, was jede politische Vereinigungsmöglichkeit ausschließen müsse. Uebrigens sollen alle Offiziere der betreffenden Regimenter gegen das Benehmen ihrer Kameraden Protest erhoben haben. — Das „Journal officiel“ meldet weiter, daß ein Uebungsgechwader gen. Toulon verlassen hat; die eine Division desselben wird sich nach Ajaccio, die andere nach der Küste von Tunis und nach dem östlichen Theile des mitteländischen Meeres begeben. (W. L.)

Italien.

Rom, 1. Oct. Wir haben jetzt ungewöhnlichen Fremdenbesuch, nämlich den König, denn endlich ist dieser nun eingetroffen; ferner eine ganze Schaar seiner Jagdhunde, die durch ihre Zahl und Größe auffallen, und mit ihrem Herrn in den Divinalen einjagen, und endlich der Cardinal Bonnehofe. Der König will nur einige Tage verweilen, und sich dann auf die Wolfsjagd in's Neapolitanische begeben. Er hat eine Spazierfahrt auf dem Pincio gemacht. Zum Ministerrath fehlt Ranza; wir haben beinahe niemals König und Ministerium vollständig zusammen. Der König hat sich durch ein Telegramm Ranza'si berufen, um sich mit ihm zu bereden, und um einen Nachfolger für Ranza zu haben, im Fall das Gesez über die Unterdrückung der religiösen Körperschaften eine Ministerkrise hervorbringen sollte.

5. Oct. „Opinione“ schreibt über die Pausenfrage: Frankreich und Italien haben, von der Ueberzeugung geleitet, daß Griechenland ihre Ansprüche in gerechter Weise befriedigen werde, beschlossen, sich jeder gewaltsamen Action zu enthalten und Griechenland die Zeit zu lassen, den billigsten und würdigsten Ausweg zu wählen. — Ein heute erschienenes Decret verbietet die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich und Ungarn nach Italien.

Garibaldi hat an seinen Freund, Mr. Arthur Arnold in England, nachstehenden Brief gerichtet: „Niemand kann leugnen, daß das Recht stets Fortschritte macht, aber gleichzeitig sollten wir nicht unterlassen, zu beobachten, daß die Feinde des Rechts und der Gerechtigkeit in einer grimmigen und verjüngten Reaction vereinigt sind. Auffallende Beispiele dafür finden Sie in Irland, in Spanien, in Frankreich und in Italien. Es giebt nur eine Regierung in Europa, die das Lob aller vernünftigen Leute verdient, indem sie thatsächlich der Jesuiten-Synode auf den Kopf trat, und Bismard verdient die Dankbarkeit der ganzen Welt. In den beiden am meisten freien Ländern des Universums, wo die edle angelsächsische Race heute internationales Schiedsrichterverfahren als ein unersetzliches Prinzip proclamiert, um menschlicher Schlägerei ein Ende zu setzen, wird die Freiheit nicht richtig verstanden. Es sind die Priester, die die Revolution in Newyork angestiftet, Belfast verwüstet haben, und die ganze Welt verwüsten würden, wenn es in ihrer Macht läge. Ich bewundere wie Sie die finanzielle Regeneration Frankreichs, aber ich empfinde Ekel bei dem Anblick Frankreichs, das sich zu dem Hauptquartier des Jesuitenthums erniedrigt.“

auch bei den spätern Zulegungen von Districten zu dem Gerichtsbezirke nicht darauf Bedacht genommen, in dem Bezirke eine mögliche Gleichheit der in denselben in Anwendung zu bringenden Geseze herzustellen. So ließ man den bis dahin zu Ostpreußen gehörigen Districten des früheren Marienwerderschen landrätthlichen Kreises bei ihrer Zulegung zu dem Jurisdictionbezirke der damaligen hiesigen Regierung das ostpreussische Provinzialrecht in gleicher Weise verfahren man bei Erwerbung der Städte Danzig und Thorn und der zu diesen gehörigen Territorien hinsichtlich ihrer bisherigen statutarischen Rechte, stellte andererseits aber auch in den zum Freistaate Danzig und dem Herzogthum Warschau geschlagenen Districten bei ihrer Wiedervereinigung mit dem Gerichtsbezirke des hiesigen Ober-Landesgerichts die früher dort bestandenen Provinzialgeseze und Statuten nicht wieder her, so weit sie in der Zwischenzeit dort aufgehoben waren. In Folge dieses Verfahrens bestand denn seit dem Jahre 1816, als der Gerichtsbezirk des Ober-Landesgerichts bereits, wie erwähnt, in der Hauptsache seine jetzige Abgrenzung hatte, in demselben eine solche Mannigfaltigkeit der zur Anwendung zu bringenden Provinzialrechte, daß der damalige Ober-Landes-Gerichts-Rath Schwann hieselbst in seiner im Jahre 1830 herausgegebenen „Einleitung in die Provinzialrechte Westpreußens“ den Gerichtsbezirk des Ober-Landes-Gerichts in provinzialrechtlicher Hinsicht in neuen besonderen Districte und diese zum Theil wiederum in verschiedene Unterabtheilungen zerfallen läßt und die nach seiner Ansicht damals gültig gewesen Provinzialgeseze und Statuten, welche er hat abdrucken lassen, drei starke Octavbände ausfüllen. In dieser großen Anzahl der provinzialrechtlichen Bestimmungen ist denn auch der hauptsächlichste Grund dafür zu finden, weshalb die von dem hiesigen Landes-Justiz-Collegium schon im Jahre 1780 begonnene, in den Kriegsjahren von 1806 bis 1814 und in den folgenden Jahren zwar unterbrochene, demnach aber mit großer Thätigkeit wieder aufgenommene Sammlung und Ordnung des Provinzialrechts erst im Jahre 1844 ihren gesetzlichen Abschluß erhalten hat. Vielleicht dürfen wir uns Glück wünschen, daß das Werk nicht früher schon vollendet worden ist, da in diesem Falle höchst wahrscheinlich die Anzahl der noch gültigen Provinzialrechte eine erheblich größere sein würde, als sie gegenwärtig ist. (Schluß f.)

Octbr.	Stunde	Barometrischer Stand in Par. Linien.	Thermometer im Freien.	Wind nach Rittner.
6	12	339,50	+ 9,6	Nord, mäß., trübe, bezogen.
7	8	341,10	6,0	NW, leb., hell u. heiter.
12		341,13	8,3	NW, frisch, hell u. Regenig.

Die heute Morgen 12 Uhr erfolgte glückliche
Entbindung meiner lieben Frau von einem
gesunden Mädchen befreit ich mich Freunden
und Verwandten hiedurch anzukündigen.
St. Albrecht, 6. Octbr. 1872. (6165)
Wibb. Wenner.

Heute Nachmittag 5 Uhr starb unser ge-
liebter Sohn Johannes, im Alter von
6 Jahren, nach 10monat. Leiden am Heft-
fieber. Dieses zeigen tiefbetrübt an
die trauernden Eltern

F. Mettig und Frau.

Pr. Stargardt, den 5. October 1872.
Die notwendige Substitution der Hofstet-
schen Grundstücke Odra No. 138 u. No.
143 und die Termine am 8. u. 10. October
cr. werden aufgehoben.

Danzig, den 5. October 1872.
Kgl. Stadt- und Kreis-Gericht.
Der Substitutionsrichter. (6222)
Ussmann.

Auction zu Verkauf.

Freitag, den 11. Octbr. 1872, Vormittags
10 Uhr, werde ich zu Verkauf bei dem Hofstet-
schen Herrn Carl Schulz wegen Aufgabe
der Wirtschaft an den Meistbietenden ver-
kaufen:

6 gute Arbeits-, 1 Wagenpferd, 1 gut
erhaltener Glas-Autowagen mit Vorder-
verdeck, 1 Berbeck, 1 Jagdwagen, 1 Ber-
beckschlitten, 2 Rapsdriller, 3 gr. Kleider-
schilde, darunter ein eigenes, 1 Schreib-
sekretair, 3 Sophas, 1 Sesselfuhl, 2 Kom-
moden, 1 Schreibkommode, mehr Klapp-
und Anrichtchen, 1 Waschtisch, 24 Rohrs-
u. 12 Brettschale, 3 Himmel, 3 Sopha-
bettgekelte, mehrere große und kleine
Spiegel, mehrere Kisten, 1 gut erhaltenes
Klavier, 3 Jagdgewehre, 1 Säbel, 1 Stod-
laterne und 1 fast neuer or. Waschtisch.
Ferner 3000 Fuß 1200 fichtene Dielen,
1500 Fuß 1200 ficht. Dielen, 1500 Fuß
1200 ficht. Dielen und 1000 Fuß 2000
fichtene Bohlen.

Den Zahlungs-Termin werde ich bei der
Auction bekannt machen.

Jenzen, Auctionator.

In Antwerpen

Neat in Ladung auf hier und wird den 15.
dieses Monats expedirt, das erst-klassige eng-
lische Schiff *Wattay*, Capitain Carnagie.
Aufträge nehmen entgegen, F. Jung dort
und hier (6227)

Hermann Behrent.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geschätzten Publikum Danzigs
und Umgegend die ergebene Mitthei-
lung, daß ich mich „Ziegenasse No. 1,
Ecke der Heiligegeistgasse“
als Perückenmacher und Friseur etabliert
habe, und wird mein stetes Bestreben
dabin gerichtet sein, mir das Wohl-
wollen durch Pünktlichkeit, Richtigkeit
und Freundlichkeit zu erringen.

Achtungsvoll

Hopf, Friseur.

Danzig, 1. Ziegenasse 1.

Meinen Privatunterricht für Deutsch,

Englisch, Französisch, empfehle ich
zur Benutzung.

Dr. Kozer, Kapfensteigen

No. 23.

Einfachen künstl. Zähne,

Reinigen, Plombiren, Zahnschmerzen
heilt ohne Entfernung des Zahnes

F. Pfeiffer, Heiligegeistgasse 109.

Erste Sendung

Thyroler Weintrauben

empfehlen

R. Schwabe, Langenmarkt

Feinste Tafel-Butter

in 1/2 und 1/4 Pfd. trifft täglich frisch ein bei

C. W. H. Schubert,

Handelsgasse No. 15.

Gichorien

in verschiedenen Packungen hat nach abzugeb.

(6152) Herm. Gronau.

Frische Drosseln empfangen und empfiehlt

billigst hoch- und niedrigste

Gustav Thiele,

Heiligegeistgasse 72.

Oelfarben-Druck-Gemälde in reich-

ster Auswahl, Syroolith-Figuren, den

acht bronzenen täuschend ähnlich, em-

pfiehlt z. billigst gestellten Preisen

Carl Müller,

Vergolderei u. Spiegelfabr., Jopeng. 25.

Ein Rest vorzüglicher Photograph-

ien, theils in antiken Rahmen ge-

fasst, empfiehlt um damit zu räumen,

zu sehr billigen Preisen.

Carl Müller,

Vergolderei u. Spiegelfabr., Jopeng. 25.

Felix Gepp,

Kaufmann,

36. Jopengasse 36,

vis-à-vis Herren Bormfeldt & Salsowki,

empfehlen sein Lager von Spazierstöden, echt

Wiener Meerschamwaaren, langen und kur-

zen Tabakspfeifen, Portemonnaies, Cigar-

renstaschen, Rämchen und Bürsten, Schach u.

Domino's, Rächer, Schachfiguren u. s. w.

billigst. Billardbälle, Kegelschläger und

billig. (6219)

Ich bitte meine werthen Kunden und ein

geehrtes Publikum mich auch fernerhin

mit Arbeit zu beehren.

Bertha Kroll, Damenschneiderin,

Löpergasse 10.

Ein mit schriftlichen Arbeiten vertrauter

Mann, der 1500 R. Caution stellen kann

f. tragend e. Stelle. Abt. unt. 6257 i. d. C. d. B.

Wifernes Geldspind

wird für alt zu kaufen gesucht. Gef. Abt.

in der Exped. dieser Zeitung unter No. 6104.

ULLMAN-CONCERTE.

Donnerstag, den 10. October um 7 Uhr Abends.

Concert-Programm.

1. Trio für Piano, Flöte und Violoncello (Weber). Joseffy, De Vroye u. De Swert.
2. Arie aus „Der Barbier von Sevilla“ (Rossini). Marie Monbelli.
3. Adagio und Campanella (Das Glöckchen) (Paganini). Camillo Sivori.
4. Schummerlied aus „Die Afrikanerin“ (Meyerbeer). Amélie Franchino.
5. a) Arie (Bach). b) Souvenir de Spa (Serais). Jules de Swert.
6. a) Tre giorni (Pergolesi). b) Wohin (Schubert). Anna Regan.
7. Duett aus „Semiramis“ (Rossini). Monbelli und Adèle Monnier.
8. Ungarische Rapsodie (Liszt). Rafael Joseffy.
9. Duett aus „Die Hochzeit des Figaro“ (Mozart). A. Regan und A. Franchino.
10. La Calesera, Spanisches Lied (Tradier). Marie Monbelli.
11. Fantasie aus „Lucia von Lammermoor“ (Sivori). Camillo Sivori.
12. Damen-Terzett aus „Die heimliche Ehe“ (Cimarosa).

Marie Monbelli, Franchino, Adèle Monnier.

Leiter: Kapellmeister R. Metzendorf. Flügel von Julius Blüthner.

Programm

des zweiten und letzten Concerts,

Freitag, den 11. October, Abends 7 Uhr.

1. Beethoven, Kreuzer-Sonate, Joseffy und Sivori.
2. Donizetti, Arie aus „Die Favoritin“, Adèle Monnier.
3. Schubert, All' Ongaress und Adagio Religiosa, De Swert.
4. Donizetti, Andante mit obl. Flöte aus Lucia, Monbelli und de Vroye.
5. Sivori, Fantasie aus „Lucia di Lammermoor“, Camillo Sivori.
6. Thomas, Ballade et Valse aus „Hamlet“, Amélie Franchino.
7. Lotti, Arietta „Pur digesti“ und Mozarts „Veilchen“, Anna Regan.
8. Bellini, Arie aus „Die Nachtwandlerin“, Marie Monbelli.
9. Liszt, Tarantella di Bravura, Rafael Joseffy.
10. Rossini, Duett aus „Stabat mater“, Franchino und Adèle Monnier.
11. Doppler, Variationen über ein slavisches Thema, de Vroye.
12. Gounod, Ave-Maria, Erstes Präludium von Bach.

Monbelli, Franchino, Regan, Adèle Monnier, Sivori, Joseffy, de Swert und de Vroye.

Danziger Maschinenbau-Actien-Gesellschaft.

Unter Hinweisung auf §§ 4 und 5 werden die Actionaire hiermit aufgefordert,
auf diejenigen Interimscheine, auf welche erst 40 Procent eingezahlt sind, die restirenden
60 Procent mit 60 Thaler pro Stück

bis zum 15. November 1872, einschließlich

bei der Direction in Danzig, Weidengasse No. 35, oder der Königsberger Ver-
einbank in Königsberg i. Pr., oder bei Herrn Jacob Vitten in Elbing gegen
Empfangsbefcheinigung der betreffenden Einzahlungsstelle einzuzahlen.

Danzig, den 5. October 1872.

Danziger Maschinenbau-Actien-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrath.

Damme.

Bettfedern und Dammern

in vorzüglicher Qualität,

Bettdrell, Federleinen, Bettparchend,

Changeant und gestreifte Körper,

Bezug- und Laken-Creaseleinen,

sowie wollene Bettdecken,

Piqué-Bettdecken,

Waffel-Bettdecken,

Damast-Bettdecken,

Satin-Bettdecken

empfehlen

C. A. Lotzin Söhne,

Langgasse 14,

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik.

Das optische Magazin von

Gust. Grotthaus,

befindet sich Marktschlegelgasse No. 10.

Unterricht in der Stenographie.

Der hiesige stenographische Verein eröffnet Ende d. M. wieder einen Unter-
richtscursus in der Stenographie, welchem das vereinfachte Stolze'sche System zu
Grunde gelegt werden wird. Wir laden zur Theilnahme an diesem Cursus mit dem
Bemerkung ein, dass derselbe 16 Unterrichtsstunden, von denen wöchentlich eine statt-
findet, umfassen wird. Der Beitrag für jeden Theilnehmer ist auf 3 Thlr., auf Wunsch
in zwei Raten zahlbar, festgestellt. Meldungen zur Theilnahme werden von Herrn

H. Moritz, Langenmarkt 20, im Comtoir, entgegengenommen.

Auswärtige, welche sich die Stenographie durch Selbstunterricht an-
eignen wollen, erfahren das Nähere auf frankirte Anfragen bei dem Vorsitzenden des
Vereins, Stadtsecretair Schilt, Pfefferstadt 37.

Der Vorstand des stenographischen Vereins zu Danzig.

Stand der Lebens-Versicherungsbank f. D.

in Gotha

am 1. October 1872.

Versicherte 40,023 Pers.

Versicherungssumme 76,900,000 Thlr.

Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar

Versicherte 2,725 Pers.

Versicherungssumme 6,163,600 Thlr.

Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar 2,480,000

Ausgabe für 597 Sterbefälle 1,041,700

Bankfonds 18,995,000

Bergütung für 15,017 Gestorbene bis Ende 1871 25,111,374 Thlr.

Gezahlte Dividenden an die Versicherten bis Ende 1871 9,981,504

Dividende der Versicherten im Jahre 1872 37 Prop.

Unter Verweisung auf vorstehende Ergebnisse, insbesondere auf den bedeutenden
Betrag des neuen Zugangs in diesem Jahre ladet zur Versicherung ein

Albert Fuhrmann in Danzig,

Haupt-Agent der Lebens-Versicherungsbank für Deutschland in Gotha,

Comtoir: Speiser-Infel, Jopengasse 28.

Das
Atelier zur Anfertigung von Damen-Garderoben
jeder Art,

von

Bertha Castner, geb. Schmidt,

Langgasse No. 49,

empfiehlt sich einem hochgeehrten Publikum zur gefälligen Beachtung.

Ball-Roben werden sauber und elegant in kürzester Zeit zu soliden Preisen

gefertigt, auch Gebrauchte renovirt.

Die neuesten Moden-Journale und Schnitts liegen zur Ansicht.

Danziger Glashütte.

Actien-Gesellschaft.

Durch Beschluß des Aufsichtsraths fordern wir hiermit die Actionaire gemäß § 6

unseres Statuts auf, eine fernere Einzahlung von zwanzig Procent mit

Thaler Bierzig pro Actie

an die Kasse unserer Gesellschaft, Wilschmannengasse No. 34, bis zum 18. October a. c. unter

Einreichung der betreffenden Interimscheine zu leisten.

Danzig, den 3. October 1872.

Die Direction.

Richard Meyer.

Mein Comtoir und Wohnung be- findet sich

Jopengasse No. 9.

Ernst G. Martini.

Meine Wohnung, welche

früher Schmiedegasse No. 22

war, ist jetzt Gerberg. No. 8.

Carl Krause,

Kleidermacher für Civil u. Militair.

Meine Wohnung befindet

sich jetzt Heiligegeistgasse No. 106.

J. Langnickel, Schneider-

meister.

Eine tüchtige Restaurationswir- thin wird gegen hohes Lohn zum

15. d. Mts. gesucht durch S. Wärende.

Eine vorzügl. anst. Pandw. (geleht. Alters),

gut. J. empf. J. Hardegen, Goldsch. 6.

Eine r. Pandw. (Wwe.), welche 2 J. eine

Wirthsch. selbstst. gef. hat, wölft für eine

ähn. Stelle nach J. Hardegen.

Ein tüchtiger Conditior-Gehilfe im

Garniren und Backgeschäft kann

sich melden. Abt. werden in der Exp.

dieser Stg. unter 6179 erbeten.

Einen unverb. Wirthsch., der jahrelang das

elterl. Grundst. bewirthsch. hat, empf. von

sofort, da d. Wirthsch. sich Todes halbe. aufg.,

J. Hardegen.

Ein Knabe zur Bedienung der Gäste im

Bierlokale kann sich melden Hundegasse

No. 8. (6220)

Ein im Verwaltungssach sehr erfahrener

Beamter sucht eine Stellung bei einer

hiesigen Behörde, einem Rechtsanwalt, oder

einem Geschäftsmann, gegen billiges Honorar.

Nähere Auskunft wird Herr Polzei-Rath

Schön geben.

Ein Conditior-Gehilfe, der selbstständig ar-

beiten kann, wird gesucht.

Theodor Becker, Wollweber-

gasse 21.

Am brausenden Wasser 4 b ist die 2. Etage

bestehend aus 4 Stuben nebst Zubehör,

zum 1. Januar l. J. für die jährliche Miete

von 200 R. zu vermiethen. Näheres im

Comtoir von

Rudolph Lickfett,

Burgstraße Nr. 7.

Die 1. Etage nebst Laden, parterre,

ist zum 1. April 1873 Portschallengasse

7 u. 8. zu vermiethen. Näheres 2 Tr. hoch.

Stadt-Theater zu Danzig.

Dienstag, 8. October. (I. Ab. No. 17.)

Kabale und Liebe. Trauerspiel v. Schiller.

Selonke's Theater.

Dienstag, den 8. October. Gastspiel der

Gesellschaft d. Direkt. Herrn Knapp-

hoff. Erstes Debüt der Opernsängerin Frä.

Zoni Bättner. U. A.: Die Kunst, ge-

liebt zu werden. Liebespiel. Er ist nicht

eifersüchtig. Lustspiel.

Mein Gläubigerin ist morgen, Dienstag,

den 8. d. M., von Abends 6 Uhr

ab geschlossen.

Sächsenthal, 7. October 1872.

Aug. Fr. Schulz.

Sonntag Abend ist im Parterre des

Stadttheaters ein schwarzer Filz

hut abhanden gekommen; um Rückgab

desselben wird gebeten Sandgrube 22, 2.

Et. auf dem Hofe. (6228)

5 Thlr. Belohnung.

Am Sonnabend, den 5. d. M., Abends

7 1/2 Uhr, fuhr hier ein zweispänniger Wagen

durch, links einen Schimmel angepaart; von

dem Wagen fiel ein Schuß gegen das

Gasthaus, und wurde ein Mann durch die

Schuss am Kopfe hart verletzt. Obige

Belohnung demjenigen, der den Inhaber

fuhrwerks namhaft machen kann. (61

Ratowitz, am 6. October 1872.

Das Schulzen-Amt.

An Fräulein Manny Engelmann, Altbau

Graben No. 49, an ihrem heutigen Trautage

lieblich in der Braute Loden,

Schmückt der jungfräuliche Kranz,

Wenn die hellen Gloden läuten,

Laden zu des Festes Glanz.

Zinnigen Glückwunsch von ihrer Freundin.

Kieler Sprotten, Caviar,

Gothaer Würst, Neun-

augen, empfiehlt

F. E. Gossing.

Redaction, Druck und Verlag von

A. B. Rafemann in Danzig.